Nr. 16

DAS ROTE TUCH

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

18. Dezember 2009 ArbeiterInnen aller Länder, vereinigen wir uns! (Karl Marx) Preis: 0,50 €

Warum sind die Städte im Ruhrgebiet pleite ?

Oberhausen muss die Kindergartengebühren für die Eltern um 20% erhöhen. Duisburg muss sie für Geschwisterkinder wieder einführen. Und Essen darf das Freibad Hesse nicht einfach erhalten. Das hat die Regierung in Düsseldorf entschieden: Städte, die so überschuldet sind, dürften sich solche „Abenteuer" nicht leisten.

Ja, in all den überschuldeten Städten wird jedes Schwimmbad, jedes Angebot für Kinder, jede Straßenbahn, aber auch jeder neue Arbeitsplatz und jede Übernahme von Azubis ein „unbezahlbares Abenteuer". Und die Zahl der Städte, die unter den Schulden ersticken, steigt ständig. 2009 hatten bereits über 50% der Großstädte eine Haushaltssperre.

Dabei spielen die Kommunen eine wichtige Rolle im Leben der Menschen: Sie organisieren Müllabfuhr und Nahverkehr, Straßenbau und Kinderbetreuung, soziale Einrichtungen und Hilfen ebenso wie günstige Freizeitangebote. Doch unter der ständigen Drohung des Bankrotts wird dies alles nach und nach kaputt gespart. Und das erschwert das tägliche Leben der gesamten einfachen Bevölkerung immer weiter.

Milliarden für die Banken

Seit Jahren übertragen Bund und Länder den Städten immer mehr Aufgaben, zum Beispiel bei der Kinderbetreuung oder HartzIV. Aber ausreichend Gelder dafür haben die Regierungen ihnen nie übertragen.

Im Gegenteil, sie haben den Anteil der Städte an den Steuereinnahmen noch verringert. Und den Unternehmen haben sie ermöglicht, deutlich weniger Gewerbesteuer zu zahlen. Dadurch ist die Gewerbesteuer, früher die wichtigste Einnahmequelle der Städte, drastisch zusammengeschrumpft.



So blieb und bleibt den Städten nur, die Gebühren zu erhöhen, zu privatisieren, überall zu sparen und... Schulden zu machen.

Natürlich haben sie nie das Geld, diese Schulden zurückzuzahlen. Sie sind schon überlastet damit, jedes Jahr die saftigen Zinsen für die Banken aufzubringen. Oft müssen sie neue Kredite aufnehmen, nur um die Zinsen der alten zu bezahlen. So geraten viele Städte immer weiter in den Abgrund.

Die Banken verdienen mit der Not der Städte viele Milliarden. Eine Stadt wie Essen zahlt alleine 150 Millionen Euro Zinsen im Jahr. Rechnet man nur die bereits gezahlten Zinsen zusammen, so haben die Städte ihre Schulden 10 mal abgezahlt. Doch die Banken lassen sie weiter bluten.

Wären die Bürgermeister und Stadtpolitiker wirklich „Volksvertreter", dann würden sie offen die Gründe für die dramatische Verschuldung nennen und zumindest versuchen, die Bevölkerung dagegen zu mobilisieren. Doch die meisten sind solidarischer mit dem Staat und mit ihrer Karriere, als mit der Bevölkerung ihrer Städte. Sogar das wenige Geld, über das sie verfügen, stecken sie lieber in schicke Großprojekte, statt in die Arbeiterstadtteile.

Wer bezahlt die Folgen der Krise?

Mit der Krise wird es noch schlimmer: Die Zahl der Arbeitslosen und Armen steigt und damit die Ausgaben der Kommunen. Gleichzeitig sinken die Steuereinnahmen. Schon hagelt es neue schlimme Sparpläne: Schulschließungen in Bochum, massiver Stellenabbau in Essen,...

Auch auf diese Weise bezahlt die einfache Bevölkerung die Krise. Die Unternehmen entlassen, zahlen weniger Steuern und bekommen Hilfen, um ihre Gewinne zu erhalten. Und die Kosten hiervon müssen unter anderem die Städte tragen und damit die ärmere Bevölkerung.

Das darf nicht endlos weiter gehen! Für die Krise müssen endlich ihre Verursacher aufkommen, die spekulierenden Banken, Konzerne und Großaktionäre. Und als erstes müssen die Zinszahlungen an die Banken eingestellt werden.

Die haben mehr als genug an den Krediten der Städte verdient, ganz zu schweigen von all dem öffentlichen Geld, dass man ihnen seit Beginn der Krise in den Rachen geworfen hat.

Nur so kann man die Städte aus der Zwangsjacke der Schulden befreien und das öffentliche Geld einsetzen, wofür es eigentlich da sein sollte: für die Belange der Bevölkerung.

Klimagipfel in Kopenhagen:

Sie stoßen viele Worte aus... und weiter viel CO_2

„Die Flüge der Politiker zum Weltklimagipfel haben mehr CO_2 verbraucht, als durch ihren Gipfel eingespart wurde“, war die Bilanz eines bekannten Komikers zum letzten Gipfel. Und den Witz könnte man für die 15. Weltklimakonferenz in Kopenhagen wiederholen: viele Reden und leere Versprechen... ohne Folgen.

Denn die reichen Industrieländer sind heute ebenso wenig wie nach den letzten 14 Klimagipfeln bereit, ernsthafte und verpflichtende Maßnahmen gegen ihre jeweiligen Kapitalisten durchzusetzen, die bei weitem die Hauptverursacher der Treibhausgase sind.

Dies gilt natürlich und offensichtlich für die USA, die erst gar nicht viel versprechen. Doch es gilt auch für Europa, das gut im Versprechen, aber schlecht im Einhalten ist. Einzig der dramatische Wirtschaftseinbruch durch die Krise hatte dazu geführt, dass Westeuropa seinen CO_2-Ausstoß 2008 und 2009 verringert hat. Ganz einfach, weil die Fabriken still standen.

Wer sind die wahren Verantwortlichen?

Dennoch sind sie so schamlos, den ärmeren Ländern den schwarzen Peter zuzuschieben und von ihnen zu verlangen, einen größeren Teil an den Klimakosten zu tragen.

Die ärmeren Länder sind ohnehin schon die Hauptleidtragenden des Klimawandels. Schon heute hat die Erderwärmung katastrophale Folgen für ganze Teile Afrikas. Trockenheit und Dürre, aber auch der Anstieg des Meeresspiegels drohen in den nächsten Jahrzehnten hunderte Millionen Menschen der armen Länder in ein noch größeres Elend zu stoßen, als sie es heute schon erleben müssen.



Immer mehr LKW-Transport: ein Grund des vielen CO_2

Dabei ist ihr Anteil am CO_2-Ausstoß wesentlich geringer als der der reichen Länder. Das gilt natürlich für die ärmsten Länder wie die in Afrika. Aber es gilt auch für die Schwellenländer wie China, auf das man besonders mit dem Finger zeigt.

Denn China ist zwar mittlerweile das Land mit dem höchsten CO_2-Ausstoß (6,1 Milliarden Tonnen, gegenüber 5,75 für die USA). Doch im Verhältnis zur Einwohnerzahl liegt China sogar unter dem weltweiten Durchschnitt: China verbraucht 4,7 Tonnen CO_2 pro Einwohner, der weltweite Durchschnitt liegt bei 6,7 Tonnen. In den USA hingegen sind es 18,9 Tonnen pro Einwohner, in Europa 8,9.

Eindeutig tragen die Kapitalisten der reichen Industrieländer die entscheidende Verantwortung für den CO_2-Ausstoß. Natürlich durch ihre Industrieanlagen, um deren umweltschädigende Folgen sie sich jahrzehntelang nicht gekümmert haben.

Die Kapitalisten haben auch einen ganzen Teil der Treibhausgase zu verantworten, die durch Transport und Verkehr entstehen. Sie tragen die Schuld an der teilweise abartigen Vermehrung des LKW-Transports. Sie entscheiden, ob umweltfreundliche und bezahlbare Autos produziert werden – nicht die arbeitende Bevölkerung. Und es sind auch nicht die Arbeitenden schuld daran, wenn sie durch schlechte öffentliche Verkehrsmittel, immer weitere Wege zur Arbeit und immer verrücktere Arbeitszeiten gezwungen sind, das Auto zu nehmen.

Das Übel an der Wurzel packen

Man muss allerdings ein echter Träumer sein, um darauf zu hoffen, dass die Regierungen den Kapitalisten, den Herren der Industrie und des Finanzwesens Maßnahmen aufzwingen werden, die diese nicht wollen.

Der Kampf gegen die Folgen des Klimawandels, wie auch der Kampf gegen die Folgen der Wirtschaftskrise hat langfristig nur eine Chance: Der kleinen kapitalistischen Minderheit, die die Arbeiter und die Welt in ihrem Profitinteresse ausbeuten, muss die Allmacht genommen werden, alles zu machen, was sie wollen, wann und wo sie es wollen. Und das heißt, das kapitalistische System infrage zu stellen.

Wenn sie es sagen

Anlässlich der Bekanntmachung, dass 50 Millionen Einwohner der USA an Hunger leiden, während der Staat für die reichsten Banken jede mögliche Unterstützung findet, hat der Vizepräsident der USA erklärt: „Das ist Sozialismus für die Reichen und Kapitalismus für die Armen.“

Also, wenn schon der Vizepräsident der USA zugibt, dass Sozialismus die eindeutig bessere Alternative ist...

Alles Gute geht nach oben

Jede zweite Stelle will die Stadt Essen in den nächsten 10 Jahren nicht neu besetzen. 1500 Arbeitsplätze sollen so vernichtet werden. Das bedeutet mehr Arbeit für die Übriggebliebenen, noch weniger Arbeitsplätze für die Jugend und schlechteren Service für alle Einwohner.

Wie in den Betrieben, so in den Städten: Gespart wird immer am falschen Ende, nämlich am unteren. Es wird Zeit, dass wir ihre Blicke mal nach oben drehen!

Türkei:

Landesweiter Streiktag trotz Streikverbot

Am 25. November stand Vieles still in der Türkei: Die Arbeitenden hatten alle Züge angehalten, Flüge fielen aus, Schulen und Poststellen waren geschlossen und in Krankenhäusern arbeitete nur der Notdienst.



Mit dem landesweiten Streiktag und großen Demonstrationen drückten die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes ihren Ärger über ihre Löhne aus, für die sie sich immer weniger kaufen können. Die Regierung hat ihnen 5% Lohnerhöhung „angeboten", während die Inflation 9% beträgt. Und einige lebensnotwendige Güter sind seit einem Jahr sogar um 20%, 50% oder, wie städtische Gaspreise, um 80% teurer geworden.

Eine Million Arbeitende im Öffentlichen Dienst, das heißt jeder zweite, beteiligte sich an dem Streiktag. Und das, obwohl er verboten war und die Regierung ihnen offen drohte.

Premierminister Erdogan erklärte im Fernsehen: „Dieser Streik ist illegal und diejenigen, die daran teilnehmen wollen, müssen damit rechnen, den Preis dafür zu zahlen."

Seit dem Militärputsch 1980 ist es den Arbeitenden im Öffentlichen Dienst der Türkei verboten, zu streiken. Doch dieses Mal ließen sich viele von ihnen durch das Verbot und die Drohungen der Regierung nicht mehr einschüchtern. Jeder zweite Beschäftigte folgte dem Streikaufruf fast aller Gewerkschaften (nur die Gewerkschaft Memur Sen, die den Islamisten nahe steht, hatte nicht aufgerufen).

Diese Massenbeteiligung löste die Drohungen von Regierungschef Erdogan in Luft auf.

Mit dem Streiktag gegen die sinkende Kaufkraft und für höhere Löhne haben die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes nicht nur auf ein schweres Problem aufmerksam gemacht, dass alle Arbeitenden, auch in der Privatwirtschaft, betrifft.

Sie haben vor allem gezeigt, wie Entschlossenheit und Zusammenhalt der Arbeitenden die Drohungen und Verbote der Bosse und der Regierung besiegen können.

Daimler: Proteste gegen Stellenabbau

Mehrfach haben Anfang Dezember bis zu 15.000 Daimler-Arbeiter in Sindelfingen kurzzeitig ihre Arbeit niedergelegt. Es herrscht die Sorge, das Ende der C-Klasse-Fertigung in Sindelfingen könne zum Abbau tausender Arbeitsplätze führen.

Als Reaktion auf die Proteste hat Daimler versprochen, dass es bis Ende 2019 keine betriebsbedingten Kündigungen geben solle, außer... wenn es neue „Konjunktureinbrüche" gibt. Man weiß, wie viel man auf ein solches „Versprechen" geben kann. Umso mehr, da die Betriebe sehr erfinderisch darin sind, massenhaft Arbeitsplätze zu vernichten, ohne es betriebsbedingte Kündigungen zu nennen.

Doch die Proteste der Daimler-Arbeiter waren wichtig für die Zukunft: Sie sind ein Signal an die Geschäftsführung, dass sich die Arbeiter nicht alle Angriffe gefallen lassen werden.

Bhopal ist nicht Geschichte

Am 3. Dezember 1984 explodiert es in der Pestizid-Fabrik des amerikanischen Konzerns *Union Carbide* in Bhopal (Indien): 40 Tonnen Giftgas strömen aus und töten innerhalb weniger Stunden zwischen 14.000 und 25.000 Menschen. 25 Jahre später leiden noch immer Hunderttausend an den Folgen, an Atemwegserkrankungen oder Krebs. Noch immer werden verstümmelte und kranke Kinder geboren.

Der Konzern *Union Carbide* (heute *Dow Chemicals*) hat für diesen schlimmsten Industrieunfall der Geschichte gerade einmal 470 Millionen Euro Entschädigung gezahlt – eine lächerlich geringe Summe. Und sie haben nicht einmal das Geld in die Hand genommen, um das Gelände der Fabrik zu entgiften. Die Erde und das Gelände sind auch heute noch hoch verseucht und vergiften die 30.000 Bewohner der Umgebung.

Auf diese Weise tötet und verstümmelt *Dow Chemicals* auch 25 Jahre danach weiter die Menschen und ihre neugeborenen Kinder in Bhopal.

Leere Tische, volle Tafeln

Die Essener Tafeln sind völlig überlastet. Sie können „nur" 10.000 Bedürftige pro Woche mit Lebensmittelspenden versorgen. Aber es kommen viel mehr. Im Herbst mussten sie daher für 6 Wochen die Aufnahme Neuer verweigern. Und jetzt haben sie die Zeit, während der man Hilfe von den Tafeln bekommen kann, auf ein Jahr begrenzt. Doch was macht man danach?

Seit die Tafeln vor rund 15 Jahren gegründet wurden, ist die Zahl derer, die in Deutschland auf ihre Lebensmittelspenden angewiesen sind, stetig gestiegen... auf rund eine Million. Doch seit Beginn der Krise hat der Zustrom ein neues Ausmaß erreicht. Und jeder weiß, dass es in den nächsten Monaten noch schlimmer wird.

Die Möglichkeiten der ehrenamtlichen Hilfen sind beschränkt. Und so wachsen die Schlangen der Wartenden, für die nicht mal ein Liter Milch übrig ist. Weil der Staat und das große Kapital nicht einmal das organisieren – ganz zu schweigen davon, Allen vernünftige Löhne, Renten und Sozialleistungen zu ermöglichen, die die Schlangen der Armut zum Verschwinden brächten.

Afghanistan:

Immer neue Lügen... und neue Truppen

Eine Lüge nach der anderen kommt ans Licht: Erst behauptete die Regierung, es habe keine Opfer unter der Zivilbevölkerung gegeben, als die Bundeswehr am 4. September in Afghanistan ohne Vorwarnung zwei Tanklaster bombardierte.

Dann mussten ein Generalinspekteur, ein Staatssekretär und Minister Jung zurücktreten, weil heraus kam, dass über 140 Menschen, darunter viele Zivilisten, unter den deutschen Bomben sterben mussten.

Dennoch behauptete der neue Verteidigungsminister zu Guttenberg, die Bombardierung sei „angemessen" gewesen, weil die Bundeswehr sich gegen eine mögliche Bedrohung habe verteidigen müssen.

Und nun stellt sich heraus, dass es gar keine Bedrohung, keine Verteidigungslage gab, sondern das Ganze ein gezielter und länger geplanter Angriff war. Die getöteten Kinder und Familien waren „Kollateralschäden", die man dabei in Kauf nimmt.

Ein Krieg gegen die Wahrheit

Kaum einen wundert es noch: Denn von der ersten Sekunde an war dieser abscheuliche Krieg genau auf solchen Lügen begründet.

Nichts als eine Lüge war das Gerede von Menschenrechten und Frauenbefreiung, mit dem man die Besatzung Afghanistans gerechtfertigt hatte.

Nichts als eine Lüge das Geschwätz von der Bundeswehr als Entwicklungshelfer und Brunnenbohrer. Und ein Hohn gegenüber einer Zivilbevölkerung, die von Anfang an das Opfer dieses Angriffskrieges war und die immer weiter im blutigen Chaos versinkt.

Eine ebenso höhnische wie dreiste Lüge ist es auch, wenn Obama bei der Verleihung des Friedensnobelpreises behauptete, er werde nun in Afghanistan „Frieden schaffen", indem er... 30.000 weitere Soldaten nach Afghanistan schickt.

Und schon heißt es, auch Deutschland werde nächstes Jahr 2000 weitere Soldaten entsenden. Dabei werden auch diese Truppen nur dazu beitragen, den Krieg, den Hass und das Elend in Afghanistan zu verstärken.

Abzug der Truppen, nicht nur der Minister!

Die Mehrheit der einfachen Bevölkerung der kriegführenden Staaten ist längst gegen diesen Krieg. Laut ARD-Umfragen fordern 69% der Bevölkerung in Deutschland den schnellen Abzug aller Truppen aus Afghanistan. Das ist die einzige „angemessene" Tat, die die Bundeswehr begehen kann.

Ausbeutung XL

Überall werden Schlecker-Filialen geschlossen... um wenige hundert Meter weiter als „Schlecker XL" wieder aufzumachen. Und weil Schlecker XL ja eine ganz neue Firma ist, kann man den Verkäuferinnen bei Schlecker kündigen und sie bei Schlecker XL neu einstellen – mit 30-50% weniger Lohn.

Schlecker XL bedeutet eindeutig Ausbeutung XL für die Beschäftigten. Und Gewinne XXL für die Familie Schlecker. Die hat es mit solchen Methoden laut dem Manager Magazin auf Platz 35 der reichsten Deutschen gebracht.

Gewinne tanken, Jobs verbrennen

Der Ölkonzern BP will 340 Arbeitsplätze in der Raffinerie in Gelsenkirchen vernichten, weitere 200 in Bochum. Und das, während BP allein in den 3 Monaten Juli-September 2009 gute 5 Milliarden Dollar Gewinn gemacht hat. Bei Unternehmen, die Gewinne machen, müssen Entlassungen verboten werden!

Von der Überschuldung zum Staatsbankrott

Erst Island, dann Dubai... und nun ist es Griechenland, das am Rande des Staatsbankrotts steht, weil es bis zum Hals verschuldet und kurz davor ist, zahlungsunfähig zu sein.

Und wer ist als nächstes dran? Über Irland, Portugal und sogar Spanien wird schon gemunkelt.

Gefährdet sind im Grunde alle Länder. Alle haben sich bis zum Hals überschuldet, um mit allen Mitteln die Profite ihrer Bänker und größten Kapitalisten zu stützen.

So nimmt Deutschland im nächsten Jahr schon wieder 100 Milliarden Euro neue Schulden auf, doppelt soviel wie in diesem Jahr. Allein die Zinsen für die ganzen Staatsschulden sind mit weit über 40 Milliarden Euro der zweitgrößte Posten im Haushalt.



Streiks in Griechenland: Die richtige Antwort auf das massive Sparprogramm

Das einzige, was der griechischen Regierung in dieser Lage einfällt – angefeuert von den Finanzinstituten und Regierungen ganz Europas – sind drakonische Sparprogramme, die mit voller Wucht die arbeitende Bevölkerung treffen.

Doch die Arbeitenden haben ihnen sofort geantwortet, und zwar auf die beste Art: mit ersten landesweiten Streiks. Denn es heißt zwar „öffentliche Schuld" – doch in Wahrheit sind es Schulden, die die Kapitalisten bei der Gesellschaft gemacht haben. Es ist also an ihnen, sie zu bezahlen!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH - Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de **Telefon:** 0157 – 76493485